

**Gegenstand: Planfeststellungsbeschluss des Landesbetriebs Mobilität
Rheinland-Pfalz
Vorlage: 0494/2008**

Die Vorlagen sind dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Punkte 1.1 bis 1.3 der Tagesordnung im Zusammenhang zu behandeln, da sie inhaltlich eine Einheit bilden.

Er leitet die Aussprache zum Thema Flugplatz mit einem Aufriss der historischen Entwicklung zu den Überlegungen eines Ausbaus der Start- und Landebahn ein, der erstmals bereits 1984 vom damaligen Flugplatzbetreiber MBB angedacht wurde und schon von seinem Vorgänger im Amt positiv beurteilt wurde. Er hebt besonders hervor, dass der Stadtrat im November 2001 mit großer Mehrheit dem Ausbau zugestimmt und damit den Weg für die vorliegenden Planungen frei gemacht hat.

Nach Unmutsäußerungen aus dem Publikum bittet der Vorsitzende um Einhaltung einiger grundsätzlicher Verhaltensregeln als Geschäftsgrundlage für die Veranstaltung.

Herr Batzer spricht von einer historischen Entscheidung - das Thema Flugplatz wird hier vorläufig zu einem Abschluss kommen. Die Anwohner und Nachbarn werden davon nachhaltig beeinflusst werden. Zu Beginn der Ratsdiskussion um den Flugplatz gab es 4 Gegenstimmen, bei der letzten Entscheidung waren bereits 20 Stimmen gegen den Flugplatz. In der Presse wurde unterschiedlich darüber berichtet. In der größeren Zeitung wird auffällig der Geschäftsführer der FSL interviewt und Herr Dr. Wilke befragt sogar die Landesregierung über die Sicherheit des Flugplatzausbaus. Genauso gut könnte man Monsanto zur Unbedenklichkeit von genverändertem Mais oder die chinesische Regierung über die Einhaltung der Menschenrechte befragen. In der Werbezeitschrift "Domspitzen" wird bereits von "Flughafen" gesprochen. Selbst im Planfeststellungsbeschluss ist unterschiedlich die Rede von Landeplatz und Flughafen. Auch die Aussagen zum Überflug bewohnten Gebiets sind widersprüchlich.

Die JAR-OPS 1 als Grund für den Ausbau heranzuziehen ist nicht richtig, da der Werkverkehr (BASF) gar nicht von der neuen Vorschrift betroffen ist. Andere Gutachten, wie das Milan-Gutachten, werden von der IHK in der Schublade gehalten, weil dieses ganz klar gegen den Ausbau des Flugplatzes spricht. Das öffentliche Interesse, das im Planfeststellungsbeschluss sehr hoch gehalten wird, beschränkt sich auf die BASF. Die Wirtschaft diktiert, wie überall in diesem Land, die Vorgehensweise. Wer sagt, dass die BASF in der Nach-Voscherau-Zeit ihren Firmensitz nicht nach China verlegt? Dann habe man einen ausgebauten Flugplatz und wisse nicht wohin damit. Die Eingriffe in die Natur werden erheblich sein. Mehr als 100 Bäume ragen über 10 m in die An-/Abflugschneise hinein. Die vorgesehenen Ausgleichsflächen werden sich erst in 30-40 Jahren entwickelt haben.

Das Sicherheitsgutachten geht ganz klar von einer Zunahme der Gefährdung der Bevölkerung aus. Der Sichtflugbetrieb ist ein sehr starkes Sicherheitsrisiko, besonders im Hinblick auf die Erhöhung der Flugbewegungen. Die Verlängerung der Landebahn bringt nichts, da jeder auf Sicherheit bedachte Pilot so früh wie möglich aufsetzen wird, um noch Reserven zu haben. Auch die Maschinen werden größer. Das ansässige Taxiunternehmen hat seines Wissens bereits eine schwerere Maschine geordert.

Eine Lärmentwicklung im Wohngebiet um + 9 dB bedeutet eine Verzehnfachung des Lärms, da logarithmisch gerechnet werden muss. Wer entscheidet über die Notwendigkeit von

Nachtflügen? Der Werksverkehr ist zudem von den Bestimmungen zum Nachtflugverbot völlig ausgenommen. Die Festlegung auf max. 300 Nachtflüge ist keine Verbesserung zur gegenwärtigen Situation, in der es zwar keine Vorgaben, de facto aber lediglich 50-60 Nachtflugbewegungen gibt. Wer überwacht zudem die Auflagen des Planfeststellungsbeschlusses? Der Landesbetrieb Mobilität untersteht unmittelbar dem Wirtschaftsministerium, das den Ausbau massiv vorantreibt.

Deshalb plädiert er dafür, dass diejenigen im Rat, die den Ausbau bisher unterstützt haben, Größe zeigen und dem Vorhaben nicht zustimmen werden.

Herr C. Ableiter stellt fest, es geht nicht mehr um die Wohlfühlstadt Speyer, sondern um eine Dauerkatastrophe, wenn dieser Flughafen ausgebaut wird. Es werden in jedem Fall 12 Mio. € Steuermittel verschwendet, egal ob über das Land oder die Stadt finanziert. Historisch begonnen hat der Flugplatz als Kriegseinrichtung. Richtig sei, dass bis 1994 damit Arbeitsplätze gesichert wurden, dies ist jedoch inzwischen nicht mehr der Fall. Der Kauf des Platzes damals war eine sinnvolle Subvention in den Erhalt der Flugzeugwerke.

Heute handelt es sich jedoch um einen reinen Privatflughafen eines einzelnen Industrieunternehmens, da so gut wie alle Jetflüge direkt oder indirekt durch die BASF erfolgen. Diese Firma baut seit Jahren im großen Stil in der Region tausende von Arbeitsplätzen ab und investiert die Gewinne in China, da dort anders als z.B. im heute freien Osteuropa, garantiert gewerkschaftsfreie Arbeitssklaven ausgebeutet werden können.

Zur Sicherheitsfrage stellt er fest, dass das größte Flugzeug auf dem Flugplatz eine Tankladung von 16 to Kerosin hat, im Vergleich dazu hatte die verheerende Unglücksmaschine in Ramstein gerade mal 1,4 to an Bord.

Er erinnert an den Kampf gegen den Regionalflughafen, der vor Jahren geplant war. Die jetzige Planung sieht genauso aus wie dieses - damals von einer großen Bürgerbewegung zu Fall gebrachte - Projekt. Wo ist also der Unterschied? Nur im Namen. Die BGS sieht die Gefahr, dass der gesamte Flugverkehr aus Mannheim und dem ganzen Rhein-Neckar-Dreieck nach Speyer verlagert wird, wenn die Landebahnverlängerung erst einmal realisiert ist. In Mannheim werden für eine ganze Reihe von Flugzeugen die notwendigen Bahnlängen nicht eingehalten, wie überall in Europa. Deshalb wurden die feinen Unterscheidungen zwischen Werks- und Linienverkehr getroffen, obwohl dabei die gleichen Maschinen eingesetzt werden. Bislang waren gerade 200 Flugbewegungen mit Düsenmaschinen zu zählen, jetzt reden wir allein von 300 Nachtflügen - das ist es, was die Befürworter den Speyerern zumuten wollen. Auch ohne Abstürze beeinträchtigt der Flughafen durch seine Lärmentwicklung die Gesundheit der Menschen.

Selbst wenn die Wahrscheinlichkeit eines Absturzes statistisch ausgesprochen gering ist, sind sogar beim Frankfurter Flughafen die An- und Abflugzonen über Wald - in Speyer ist rundherum bewohntes Gebiet. Es gibt keinen Flughafen in Deutschland, auf dem keine Abstürze stattfinden. Auch in Speyer gab es in den letzten Jahren 4 Havarien, bei denen es auch Tote gab. In Berlin, München und anderswo wird versucht, die Flughäfen aus der Stadt herauszubringen, Speyer macht genau das Gegenteil.

Er ist dankbar, dass auch die rechtsrheinischen Gemeinden durch Klagen dieses Vorhaben so lange aufhalten werden, bis 2009 bei den Kommunalwahlen darüber eine Volksabstimmung stattfinden wird. Man sollte neben 800 Jahren Verbindung mit Worms bedenken, dass Speyer auch lebendige Nachbarn hat, die man beeinträchtigt.

Die Eingriffe in den Auwald sind erheblich. Es sind dort sehr viele Bäume, die der Motorsäge zum Opfer fallen und die über 40 m hoch sind - echte Urwaldriesen; deutsche Urwaldriesen halt. Wer solche Bäume opfert, hat keine Berechtigung, die Menschen in Indonesien wegen der Rodung ihres Urwaldes zu kritisieren. Man wird im ganzen Rhein-Neckar-Raum keinen

ungeeigneteren Platz für Flugbetrieb finden, wie den Verkehrslandeplatz Speyer. Eine solche Situation mit überall bewohntem Gebiet und Raffinerieanlagen gibt's noch an der BASF und in Karlsruhe, allerdings stehen dort kein Auwald und kein UNESCO-Weltkulturerbe.

Laut **Herrn Rieser** macht die Vorlage bereits deutlich, wo das Problem liegt - "der Stadtrat nimmt zur Kenntnis". Es gibt eigentlich nichts mehr zu entscheiden. Warum wurde der Termin vorgezogen? Doch nur wegen der Entscheidung, ob die Stadt gegen den Planfeststellungsbeschluss Klage führen wird, um das Heft nicht völlig aus der Hand zu geben. Ausgehend von dem Beschluss des vergangenen Jahres erscheint es ihm notwendig, dass der Rat - unabhängig von der Frage für oder gegen den Flugplatz - einen gemeinsamen Weg geht, damit die von der Stadt vorgebrachte Stellungnahme wirklich umgesetzt wird.

Herr Dr. Wintterle braucht anhand des Bildes auf dem Einband des Planfeststellungsbeschlusses keine statistischen Werte und Wahrscheinlichkeitsrechnungen, um festzustellen, dass dieser Flugplatz an der falschen Stelle gebaut wird.

Der Auwald wird durch diese Maßnahme nicht beeinträchtigt, er wird schlichtweg zerstört.

Er äußert zur Formulierung "die Verlängerung der Landebahn führt zweifellos zu einer Verbesserung des Flugbetriebes in Speyer": wer Juristendeutsch kennt, weiß, dass daran etwas faul sein muss, das hat er bereits bei seinem Doktorvater gelernt. Zweifel gibt es immer. Ebenso die Frage des Nachtflugverbotes: warum hatte sich sein Gegenüber von der CDU so gegen die Forderung eines generellen Nachtflugverbotes gewehrt? Das wird aus dem Beschluss mit der Zulassung von bis zu 300 Nachtflügen nun deutlicher. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Nicht-Anwendung der Seveso-Richtlinie in Speyer.

Der OB hat im Rhein-Neckar-Fernsehen geäußert, er gehe davon aus, dass Speyer nicht das an Flugplatz ist, was die 7. größte deutsche Wirtschaftsregion brauche. Warum bauen wir in Speyer dann überhaupt aus? Die Argumentation, wegen des ungewissen Zeithorizontes nicht endlich mit der richtigen Planung auf Mannheim-Coleman zu beginnen, ist nicht nachvollziehbar. Wie lange wird jetzt schon in Speyer geplant? In dieser Zeit hätte man in Mannheim schon einen riesigen Schritt weiter kommen können.

Die SPD hatte eine Wirtschaftlichkeitsberechnung gefordert und eine DIN A 4-Seite mit einer Tabelle bekommen. Wenn das alles ist, was die FSL vorweisen kann, dann weiß er, was er davon halten muss.

Zum Sicherheitsgutachten: wenn schon die Verwaltung schreibt, dass die Bedenken der Stadt wegen des Vogelschlag-Gutachtens nicht ausgeräumt wurden und eine ganze Reihe von Fragen mit Hinweis auf die anerkannten Gutachter einfach nicht beantwortet wurden, dann bleibt dem Rat doch nicht anderes übrig, als gegen diesen Planfeststellungsbeschluss zu klagen.

Es wird von der Gegenseite sicherlich vorgebracht werden, dass die SPD-geführte Landesregierung den Ausbau unterstütze, während in Speyer die SPD das Vorhaben ablehnt. Die Speyerer SPD hat ihre Position mehrfach auch beim Ministerpräsidenten vorgetragen und leider nicht durchgebracht. Man scheut sich aber nicht, diese Gegenposition konsequent zu vertreten.

Herr Dr. Jung äußert, es gibt sicherlich einfache Wege, die Applaus bringen. Der bequeme Weg ist aber nicht immer der richtige. Deshalb kann die CDU-Fraktion den Anträgen der Grünen nicht zustimmen. Der Ausbau des Flugplatzes ist für Speyer und die Region die richtige Entscheidung. Der Flugplatz ist wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung der

Region und sichert die Arbeitsplätze in der Metropolregion. Dies wird sicherlich von der Mehrheit der Bevölkerung in Speyer auch so gesehen. Er beurteilt die Einschränkung der Nachtflüge auf 300 sehr wohl als Verbesserung der Situation gegenüber der bisherigen, unbeschränkten Lage. Es wird sich am Charakter des Flugplatzes nichts Wesentliches ändern. Er geht davon aus, dass es angesichts steigender Benzinpreise ohnehin zu einer Verlagerung des Flugbetriebs weg vom Privat- hin zum Geschäftsflugverkehr kommen wird. Sicherlich wird es Eingriffe in den Auwald geben, eine "Zerstörung" ist aber nicht geplant. Der Planfeststellungsbeschluss fordert eine ganze Reihe von Maßnahmen zum Ausgleich.

Er bittet angesichts der permanenten Nebenrufe und Störungen von Flugplatzgegnern aus dem Publikum um demokratisches Verhalten, auch konträre Meinungen zu Wort kommen zu lassen.

Wirtschaftliches Handeln findet nicht irgendwo statt, sondern beginnt hier in der Region. Und hier sind die gewählten politischen Vertreter gefordert, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die Arbeitsplätze zu sichern. Nicht nur für ein Großunternehmen BASF, sondern auch eine ganze Reihe von mittelständischen Unternehmen. Die Lebenswirklichkeit in den Unternehmen ist eine andere als die im wohlbehüteten häuslichen Umfeld. Dies wird auch von der SPD-Landesregierung so gesehen. Dass sich auch grüne Politiker für den Flugverkehr engagieren, zeigt der grüne Freiburger OB, der den 1,5 km von der Innenstadt entfernten Landeplatz ausbaut und als Standortvorteil vermarktet.

Es muss eine Abwägung vieler verschiedener Faktoren stattfinden und es muss eine Entscheidung für die Allgemeinheit getroffen werden.

Wollte man den Argumenten der Gegner folgen, sollte man konsequenter Weise die gänzliche Schließung des Flugplatzes fordern und vertreten.

Herr Preuß appelliert zunächst ebenfalls an das Demokratieverständnis zur Diskussion im Rat. Er nimmt Bezug auf die Aussagen des Planfeststellungsbeschlusses zu den Lärmbeeinträchtigungen. Dieser stellt fest, dass die gesetzlichen Auflagen eingehalten werden und durch die verlängerte Landebahn auf die lärmintensive Schubumkehr bei der Landung weitgehend verzichtet werden kann.

Die Auflagen der Luftbehörde im Bereich des Naturschutzes haben die Bedenken der Speyerer Wählergruppe ausgeräumt, da die von den Gegnern vorgebrachte Rodung eben nicht stattfindet. Ebenso sind für die Wählergruppe die gutachterlichen Aussagen zur Sicherheit nach dem Ausbau nachvollziehbar und führen für die bewohnten Gebiete nördlich des Flugplatzes zu einer deutlichen Entlastung.

Der Speyerer Flugplatz hat eine 100jährige Tradition und seinen Platz in der Speyerer Geschichte. Der Landesbetrieb hat in seinem Planfeststellungsbeschluss alle relevanten Punkte beleuchtet, deshalb sollte der Rat diesen Beschluss zustimmend zur Kenntnis nehmen. Es müssen im Gegenzug auch Einschränkungen hingenommen werden.

Die Wählergruppe wird dem Planfeststellungsbeschluss zustimmen.

Herr Dr. Wintterle stellt fest, in der Demokratie habe jeder auch das Recht auf Irrtum. Bezugnehmend auf die Äußerung von Herrn Dr. Jung, wirtschaftliches Handeln müsse vor Ort beginnen, fragt er, welcher Betrieb sich denn einen Flug ab Speyer leisten kann. In Mannheim ist der Start so teuer, dass die Firmen ihre Leute nach Frankfurt fahren lassen, weil dies insgesamt billiger ist als ein Start von Mannheim aus.

Herr Walter äußert, nachdem so viel über die BASF hergezogen wurde und sich zwei Fraktionsvorsitzende dafür im Applaus gesuhlt hätten, will er eine Lanze für diesen Betrieb brechen. Die BASF beschäftigt unmittelbar 30.000 Menschen und mittelbar noch mal

15.000. Die Grünen und ihre Claqueure brauchen vermutlich keine Arbeitsplätze, die SPD sollte sich aber für Arbeit einsetzen. Herr C. Ableiter hält dagegen und spricht im Zusammenhang mit der BASF von Arbeitsplatzvernichtern.

Herr Rieser weist nochmals darauf hin, dass es in der Sitzung nicht um die Frage Ausbau oder Nicht-Ausbau geht. Die einzige Entscheidung ist, ob man sich auf Basis der gemeinsam getroffenen Stellungnahmen dazu entschließt, durch ein Einklagen dieser Forderungen den Weg gemeinsam weiter zu gehen.

Herr Dr. Wintterle will an dieser Stelle nicht zu einzelnen Unternehmen äußern. Es geht schon auch um die Frage Ausbau oder nicht. Er wendet sich dagegen, dass Steuermillionen für ein Provisorium ausgegeben werden.

Der Vorsitzende zitiert aus einem Schreiben des Wirtschaftsministers zu den Standortalternativen und äußert, 30.000 Arbeitsplätze bei der BASF seien besser als keine. Alleine in Speyer leben 750 Mitarbeiter dieses Unternehmens und in den näheren Umfeldgemeinden noch eine weitere große Zahl. Dies sollte nicht unterschlagen werden.

Herr Dr. Jung will keine BASF-Debatte führen. Er zitiert aus einem Artikel der Rheinpfalz zur wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens.

Herr Dr. Wilke spricht von einem spannenden Nachmittag und gelebter kommunaler Demokratie. Er stellt fest, dass es den Menschen in dieser Gegend hier richtig gut geht, z.B. im Vergleich mit der Westpfalz. Das sollte nicht einfach so als gegeben angesehen werden. Dieser Wohlstand muss immer wieder neu erarbeitet werden. Würde diese Diskussion in einer anderen Region der Pfalz geführt werden, sähe diese wohl ganz anders aus.

Er zitiert Ministerpräsident Kurt Beck, der von einer Ertüchtigung des Landeplatzes zur Stärkung des Mittelstandes, wie z.B. der Fa. Heberger, spricht. Im Gegensatz zu anderen waren Grüne und ödp von Anfang an gegen den Ausbau des Flugplatzes und haben diese Linie auch konsequent vertreten.

Die Stadt ist in der Sache nur noch Tribünengast. Er fordert die Demonstranten auf, ihren Protest vor der Staatskanzlei und dem Landtag vorzubringen und die Mehrheitsfraktion dort zu überzeugen.

Die entscheidende Frage ist, beteiligt sich die Stadt an einer Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss. Auch in den Reihen der CDU hätten sich einige sicher mehr Einschränkungen bei den Nachtflügen oder bei den Eingriffen in den Auwald gewünscht. In der Summe der Abwägung hält die Fraktion aber eine Klage für nicht sinnvoll.

Laut **Herrn Roßkopf** ist man einer sachlichen und glaubwürdigen Diskussion verpflichtet. Er zitiert Herrn Dr. Wintterle, der von der Seveso-Richtlinie sprach. Diese verbietet aber nur den Überflug über Chemie-Fabrikationsanlagen, was in Speyer einfach nicht zutreffend ist, aber von den Gegnern populistisch und medienwirksam ins Feld geführt wird. Genau das aber spricht gegen den Ausbau von Mannheim-Coleman, weil dort die BASF überflogen werden müsste.

Herr Batzer erklärt, wenn Herr Dr. Wilke die Stadt nur noch als Tribünengast sieht, der nichts mehr zu entscheiden hat, dann ist das doch genau das Argument für CDU und SWG, sich an einer Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss zu beteiligen. Wenn wir nicht klagen, verlieren wir jedwedem Mitspracherecht.

Herr Dr. Wintterle richtet an die Adresse von Herrn Dr. Wilke: "wir sind hier nicht in Pirmasens, dann müssen Sie halt Ihren Wahlkreis wechseln". Er versuche nochmals, der CDU und der SWG eine Brücke zu bauen, um mit einer gemeinsamen Entscheidung aus

dieser Sitzung zu gehen. Wenn die CDU für weniger Nachtflüge und Eingriffe in den Auwald sei, dann ist die Klage doch die einzige Gelegenheit, etwas dafür zu tun. Herrn Roßkopf werde er die Seveso-Richtlinie nicht noch mal erklären.

Frau Biskop zitiert aus der Stellungnahme des Landesbetriebes Liegenschaften und des Finanzministeriums, die sich gegen das Wirtschaftsministerium und gegen einen Ausbau aussprechen. Sie hat 6 Jahre für die Fa. Heberger gearbeitet und weiß vom dortigen Geschäftsführer, dass Heberger einen Ausbau des Flugplatzes nicht braucht. Sie appelliert daran, dass es die allerletzte Chance ist, das Heft nicht völlig aus der Hand zu geben.

Herr C. Ableiter weist darauf hin, dass sich zwei große petrochemische Unternehmen unmittelbar neben der Start- und Landebahn befinden. Die BASF hat Ludwigshafen bereits massiv mit der Drohung eines Ausblutens der Region erpresst, kann aber gegen den Widerstand der Speyerer Bevölkerung einen Ausbau des Verkehrslandeplatzes nicht durchsetzen. In Coleman geht die Einflugschneise eben nicht über das Werk sondern über Felder, die der BASF gehören und die möglicherweise noch überbaut werden. Daher will die BASF dort keinen Flugbetrieb haben. Die Situation in Speyer interessiert dort niemand.

Herr Batzer stellt einen Antrag zur Unterbrechung der Sitzung, sollten die Mitglieder der CDU- und der SWG-Fraktion vielleicht eine Pause zur Beratung brauchen.

Beschlussfassung:

Vor der abschließenden Abstimmung beantragt Herr Dr. Winterle eine Änderung der Beschlussempfehlung der Verwaltungsvorlage zu Tagesordnungspunkt 1.1 in *"Der Stadtrat nimmt den Planfeststellungsbeschluss ablehnend zur Kenntnis"*.

Dieser Zusatzantrag erhält mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der BGS-Fraktion und Frau Roos (ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft) nicht die erforderliche Mehrheit und wird abgelehnt.

Beschluss: TOP 1.1 (Planfeststellungsbeschluss)

Der Stadtrat stimmt der Verwaltungsvorlage bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der BGS-Fraktion und der ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft mehrheitlich zu.

Beschluss: TOP 1.2 (Antrag Bündnis 90/Die Grünen - Klageerhebung)

Der Stadtrat lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SWG-Fraktion sowie der Fraktion Die Republikaner gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der BGS-Fraktion und der ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft mehrheitlich ab.

Beschluss: TOP 1.3 (Antrag Bündnis 90/Die Grünen - Vermietung)

Der Stadtrat lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SWG-Fraktion, der Fraktion Die Republikaner sowie Herrn Dr. Jakumeit (ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft) gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der BGS-Fraktion und der restlichen Mitglieder ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft mehrheitlich ab.

**Gegenstand: Vermögenshaushalt 2008 - Aufwendungen für Schulen; Anfrage und Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.03.2008
Vorlage: 0491/2008**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Der Haushalt 2008 wurde am 20.11.2007 eingebracht. Natürlich konnte die Verwaltung zu diesem Zeitpunkt nicht genau wissen, in welcher Höhe die Schulen bis zum Jahresende noch über ihre Mittel verfügen würden und in welcher Höhe Reste nach 2008 zu übertragen sein würden. Tatsache ist jedoch, dass insgesamt für die Schulen 80.250 € als Haushaltsreste von 2007 nach 2008 übertragen wurden. Zusammen mit den in 2008 veranschlagten Ansätzen von rd. 110.000 € (nicht 101.000 €, wie im Antrag aufgeführt) ergeben sich damit für die Schulen Ausgabemittel von mehr als 191.000 €, die auch in 2008 tatsächlich verausgabt werden müssen, weil nach dem Einführungsgesetz zur kommunalen Doppik keine Haushaltsreste von 2008 nach 2009 übertragen werden dürfen. Im absolut unabweisbaren Bedarfsfalle wird dem allerdings durch eine Einzelverfügung abgeholfen, die - abhängig von der Höhe - auch dem Rat vorgelegt wird.

Bei den von Herr Batzer zugrunde gelegten Zahlen ist nicht berücksichtigt, dass von der Berufsbildenden Schule (BBS) und der Realschule im Kolb-Schulzentrum beantragt wurde, die PC-Ausstattung künftig über einen Leasingvertrag zu warten und bei Bedarf zu ersetzen. Gemäß Haushaltsrecht sowie Absprache mit der Rechnungsprüfung und der Kämmerei waren die dafür erforderlichen Mittel im Verwaltungshaushalt einzustellen und der Vermögenshaushalt entsprechend zu mindern. Die Ausgaben finden sich im Haushalt unter:
2400.5300 Ansatz 2008: 6.000 € (Lfd. Leistungen für Leasingverträge für PC)
2802.5300 Ansatz 2008: 5.600 € (Lfd. Leistungen für Leasingverträge für PC)

Dies hat zur Folge, dass bei der BBS von 56.280 € und bei der Realschule von 8.050 € Investitionsmittel auszugehen ist.

Zu Frage 2:

Die Zahlen sind in der beigelegten Tabelle (Anlage 1) aufgeführt, die dem Protokoll beigelegt wird. Insgesamt standen 2007 Mittel in Höhe von 272.320 € zur Verfügung, davon wurden 191.873 € verbraucht, 80.447 € oder 42 % wurden nicht verbraucht. Die in 2007 nicht verbrauchten Mittel wurden – auf volle 10 € abgerundet- als Haushaltsausgaberesult nach 2008 übertragen, soweit sie mindestens 100 € betragen. Dies entspricht der Handhabung der vergangenen Jahre.

Zu Frage 3:

Die Kürzung wurde aus Gründen der Gleichbehandlung auch bei den Schulen vollzogen, die keine oder nur noch geringe Reste haben. Es wäre nicht gerechtfertigt, eine Schule sozusagen zu bestrafen, indem man ihren Ansatz kürzt, weil sie noch einen Haushaltsrest hat, während eine andere Schule, die ihre Mittel bereits verausgabt hat, dafür „belohnt“ wird, indem man ihr den vollen Ansatz zubilligt.

Der Vorsitzende ergänzt noch einige grundsätzliche Anmerkungen zum Haushalt 2008, obwohl die Genehmigung zum Zeitpunkt der Sitzung noch nicht offiziell vorliegt. Es war für die Stadt eine gewaltige Anstrengung, weit über 2 Mio. € in den Investitionen für Schulsanierungsmaßnahmen bereitzustellen. Dies war zwischen ihm und dem Präsidenten der ADD so abgesprochen. Gleichzeitig wird durch die ADD signalisiert, dass im Zuge des Nachtrags im Verwaltungshaushalt mindestens 500.000 € eingespart werden müssen, worüber im Rat nochmals zu beraten sein wird.

Er bittet den Stadtrat darum, diesen Tagesordnungspunkt deshalb bei diesem Diskussionsstand zu belassen.

Frau Pitsch hat noch Nachfragen zu den Haushaltsausgaberesten. Sie kann die Aussage, die Schulen seien gleich behandelt worden, wegen der Differenzen des vorgelegten Zahlenwerks bei den einzelnen Schulen nicht nachvollziehen. Die Logik dieser Zusammenstellung erschließt sich ihr nicht. Der Fragenkomplex wird nach der Sitzung in einem Gespräch zwischen Frau Pitsch und Herrn Zech (Stadtkämmerer) ausgeräumt.

Vermögenshaushalt 2007 / 2008 der Schulen
Anlage 1

UA	Schule	HAR 2006 / 2007 EURO	Ansatz 2007 EURO	2007 insgesamt t EURO	2007 verbraucht EURO	2007 Restmittel EURO	2007 Restmittel %	HAR 2007 / 2008 EURO	Ansatz 2008 EURO	2008 insgesamt EURO
2000	Sondermittel								15.000	15.000
2113	Klosterschule		6.760	6.760	4.365	2.395	35%	2.390	2.500	4.890
2114	Siedlungsschule GS	1.050	8.210	9.260	8.984	276	3%	270	4.110	4.380
2115	Woogbachschule		7.630	7.630	7.615	15	0%	0	3.820	3.820
2116	Zeppelin-schule	7.630	7.630	15.260	15.204	56	0%	0	3.820	3.820
2117	Schule im Vogelgesang		2.240	2.240	0	2.240	100%	2.240	1.120	3.360
2131	Burgfeldschule	6.320	8.290	14.610	14.502	108	1%	100	4.150	4.250
2132	Siedlungsschule HS	2.440	8.290	10.730	7.113	3.617	34%	3.610	4.150	7.760
2301	Gymn. Am Kaiserdom	1.940	13.330	15.270	14.415	855	6%	850	6.660	7.510
2302	Purrmann-Gymnasium		16.520	16.520	16.460	60	0%	0	8.510	8.510
	Purrmann, Fachräume		55.000	55.000	6.671	48.329	88%	48.320	0	48.320
2303	Schwerd-Gymnasium	22.790	15.100	37.890	35.247	2.643	7%	2.640	12.250	14.890
2400	BBS ¹	950	32.280	33.230	23.034	10.196	31%	10.190	29.000	39.190
2710	Pestalozzischeule	2.080	6.180	8.260	4.083	4.177	51%	4.170	3.090	7.260
2720	Schule im Erlich	8.610	7.920	16.530	16.530	0	0%		3.960	3.960
2801	Kolb HS		7.280	7.280	7.173	107	1%	100	3.640	3.740
2802	Kolb RS	700	13.650	14.350	10.478	3.872	27%	3.870	4.000	7.870
2930	Bildstelle		1.500	1.500	0	1.500	100%	1.500	1.000	2.500
		54.510	217.810	272.320	191.873	80.447	42%	80.250	110.780	191.030

1) Ansatz 2007 der BBS wurde im Nachtrag 2007 von 62.280 € um 30.000 € auf 32.280 € gemindert, weil die Fenster renoviert wurden.

Gegenstand: Projektierung des Neubaus der Grundschule Ost als Passivhaus und energetische Optimierung der Sporthalle
Vorlage: 0493/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass inzwischen ein Schreiben des Ministeriums vorliegt, wonach eine Machbarkeitsstudie durch die FH KL im Interesse des Landes durchgeführt wird. Eventuell kann auch ein Investitionszuschuss durch das Land von bis zu 50 % in Aussicht stehen.

Herr C. Ableiter begrüßt, dass seine Anregung aufgegriffen wurde und stellt fest, dass die Energiepreise so stark gestiegen sind, dass ein Umbau der Schul- und Verwaltungsgebäude auf annähernd Passivstandard vorangetrieben werden sollte, solange noch Zuschussmöglichkeiten über das Land zur Verfügung stehen. Er erläutert dies am positiven Beispiel der DHV. Außerdem spricht er in diesem Zusammenhang von verwahten Schulen in Speyer, was vom Vorsitzenden energisch zurückgewiesen wird.

Herr Preuß stellt die Frage, ob bei Passivhausstandard weiterhin die Möglichkeit der Frischluftzufuhr über Fenster besteht. Dies wird vom Technischen Gebäudemanagement bejaht.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Empfehlung der Verwaltung, dass der Neubau der Grundschule Ost auf dem Gelände des ehemaligen Altenheimes im Mausbergweg in Passivhaus-Ausführung und der Neubau der Einfeld-Sporthalle energetisch optimiert erfolgen soll.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen - Umbesetzungsantrag ödp-FDP
Vorlage: 0496/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Vorschlag der ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft beschließt der Stadtrat einstimmig folgende Ausschussumbesetzung:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Kulturausschuss (13.)	(unverändert)	neu: Jürgen Blumröder St.-Klara-Kloster-Weg 70 für: Simone Pepping-Sattelberger

Weitere Vorschläge liegen nicht vor.

25. Sitzung des Stadtrates (Sondersitzung) der Stadt Speyer am 10.04.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 0497/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt einstimmig der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen zu.

25. Sitzung des Stadtrates (Sondersitzung) der Stadt Speyer am 10.04.2008



25. Sitzung des Stadtrates (Sondersitzung) 10.04.2008 **Werner Schineller**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!